



Kommunale Spitzenverbände Sachsen-Anhalt



Kommunale Spitzenverbände Sachsen-Anhalt

Städte- und Gemeindebund

Sternstraße 3
✉ Postfach 4009
39015 Magdeburg
☎ 0391/ 5924-300
Fax: 0391/ 5924-444
post@sgsa.komsanet.de

Landkreistag

Albrechtstraße 7
✉ Postfach 3663
39011 Magdeburg
☎ 0391/ 56531-0
Fax: 0391/ 56531-90
mail@lkt.komsanet.de

Gemeinsame Website

<http://www.komsanet.de>

16. Mai 2008

Pressemitteilung

Kommunalfinanzen: Sorgfältige Analyse anstelle vorschneller Festlegungen

Kommunale Spitzenverbände fordern aufgabengerechten Finanzausgleich

Die kommunalen Spitzenverbände unterstützen ausdrücklich die Auffassung des finanzpolitischen Sprechers der CDU-Landtagsfraktion, Marko Tullner, dass vor einem erneuten Eingriff in den kommunalen Finanzausgleich eine objektive Ermittlung der tatsächlichen Kosten der kommunalen Aufgabenerledigung erfolgen muss. „Wie kann man über die Kürzung der Verbundquote in den nächsten 11 Jahren Aussagen treffen, wenn über die Kosten der den Kommunen auferlegten Aufgaben keine Informationen vorliegen“, so Dr. Bernd Kregel, Landesgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt, „zumal mit den Kommunen über die geplante Kürzung bisher nicht einmal gesprochen wurde.“

Allein die letzte Kürzung der Verbundquote kostet die Kommunen rund 115 Mio. Euro jährlich. „Unter solchen Umständen darf man sich nicht wundern, wenn die kommunale Ebene – im Gegensatz zum Land – von einer Konsolidierung weit entfernt ist. Die angesprochene Kostenermittlung ist für die kommunale Ebene wichtig und stellt zugleich eine enorme Herausforderung dar, die nicht kurzfristig zu leisten ist“, betont Michael Struckmeier, stellvertretender Geschäftsführer des Landkreistages ein. „Die Arbeiten hierzu laufen derzeit in der Finanzstrukturkommission, in der Vertreter des Landes und der kommunalen Spitzenverbände zusammenarbeiten.“

„Eine Vorfestlegung auf die von Finanzminister Bullerjahn vorgeschlagene schrittweise Absenkung der Verbundquote auf 18 v. H. im Jahr 2020, wie dem Vernehmen nach im Landeskabinett am 13. Mai 2008 verabredet, nimmt das Ergebnis des Auftrages an die Finanzstrukturkommission vorweg und läuft auch dem Koalitionsvertrag zuwider“, stellten die Vertreter der beiden kommunalen Spitzenverbände fest. „Im Koalitionsvertrag ist bewusst die „objektive Ermittlung der tatsächlichen Kosten der Aufgabenerledigung“ vereinbart und den Kommunen obendrein noch einen Abbau

überflüssiger Regulierungen und Standards versprochen worden. Dies muss auch eingehalten werden!“

„Eine Bemessung des kommunalen Finanzausgleichs, die allein die Interessen des Landeshaushaltes in den Blick nimmt und die kommunalen Aufgaben und Leistungsverpflichtungen ignoriert, lehnen wir strikt ab“, so Dr. Bernd Kregel und Michael Struckmeier. „Schließlich ist es das Land, das den Kommunen pflichtige Aufgaben und Leistungsverpflichtungen auferlegt, denen sich die Kommunen ihrerseits nicht entziehen können.“ Beispielsweise seien mit dem Nichtraucherschutzgesetz den Kommunen neue Aufgaben auferlegt worden, ohne dass der Verwaltungsmehraufwand finanziell ausgeglichen worden wäre. Gleiches ist bei dem sich derzeit noch im parlamentarischen Verfahren befindlichen Gesetz gegen die von Hunden ausgehenden Gefahren zu erwarten. Weitere Aufgabenübertragungen bzw. -ausweitungen und damit verbundene finanzielle Mehrbelastungen sind seitens der Landesregierung z. B. im Bereich Kinderschutz und der Schülerbeförderung in der Diskussion bzw. spiegeln sich in der Debatte um gebührenfreie Kita-Plätze wider.

Die Haushaltslage der meisten Kommunen in Sachsen-Anhalt ist weiterhin prekär. So ist eine Vielzahl von Kommunen nach wie vor nicht in der Lage, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Allein in den 11 Landkreishaushalten klafft durch die aufgelaufenen Fehlbeträge eine Lücke von rd. 427 Mio. Euro“, ergänzt Michael Struckmeier. Zwangsläufig bleibt nur die Flucht in sog. Kassenverstärkungskredite, d.h. Überziehungskredite. Erneut sind diese im vergangenen Jahr auf nun schon knapp 971 Mio. Euro angestiegen. Zudem verharren die Kreditmarktschulden der Landkreise, Städte und Gemeinden weiterhin auf einem hohen Niveau von rund drei Mrd. Euro. Gegenüber dem Vorjahr ist zwar ein Rückgang der Kreditmarktschulden um 150 Mio. Euro zu verzeichnen, jedoch ist dieser Rückgang nicht auf eine Verbesserung der kommunalen Finanzsituation zurückzuführen. Ursächlich sind vielmehr die von den Kommunalaufsichtsbehörden versagten Kreditermächtigungen. „Der daraus resultierende Gesamtschuldenstand von knapp 4 Mrd. Euro zeigt erneut, dass die Kommunen schon heute nicht in der Lage sind, den gewaltigen Schuldenbestand der letzten Jahre auch in der Verantwortung für zukünftige Generationen abzubauen“, so Dr. Bernd Kregel abschließend.

V. i. S. d. P.:

Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt:
Landesgeschäftsführer Dr. Bernd Kregel, Telefon: 0391/5924300,

Landkreistag Sachsen-Anhalt:
Stellv. Geschäftsführer Michael Struckmeier, Telefon: 0391/565310